

Im Namen der Kommissionsminderheit bitte ich Sie, diesen Fehler zu korrigieren und wenigstens die vorsätzliche Missachtung der Vorschriften mit Strafe zu belegen. Die Fahrlässigkeit soll im Unterschied zur Fassung des Bundesrates straffrei bleiben. Ich weiss, dass in anderen Eurolex-Vorlagen die Aufnahme von Strafbestimmungen abgelehnt worden ist. Doch erstens müssen wir diesen Fehler hier nicht wiederholen, und zweitens ist das Konsumkreditgesetz ungleich wichtiger als die Gesetze, bei denen Sie die Strafbestimmungen abgelehnt haben. Es geht hier um mehr Geld.

Ich bitte Sie, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Gestatten Sie mir eine kurze persönliche Bemerkung zum Ratsbetrieb. Was wir hier in diesen Tagen betreiben, ist Berufsparlamentarismus zum Nulltarif unter Amateurbedingungen und unter Umgehung sämtlicher Arbeiterschutzbestimmungen.

Präsident: Herr Hämmerle, Sie sollten nur zur Sache sprechen.

Hämmerle, Sprecher der Minderheit: Das hat mit der Sache direkt zu tun; ich komme gleich darauf zurück.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dies ein eigentlicher Streikgrund. Trotzdem haben wir und viele von Ihnen auch durchgehalten, immer und immer wieder mitgemacht, die Sachen seriös angeschaut usw. Einer aber, der von Streiks sonst gar nichts hält, wird in diesem Saal kaum je gesehen, weder im Plenum noch in der Kommission, die gerade diese Fragen des Konsumkreditgesetzes behandelt. Er foutiert sich darum; er interessiert sich nicht für die mühsame Parlamentsarbeit; er kapriziert sich lieber darauf, Abend für Abend die sogenannte Classe politique schlechtzumachen, oder dann zelebriert er zum x-ten Male sein Firmenjubiläum. Es ist der gleiche Politiker, der ganz wesentlich daran beteiligt ist, dass die Parlamentsreform abgelehnt worden ist. Ich protestiere in aller Form gegen diese Art von Parlamentsarbeit und bitte Sie, ein Gleiches zu tun! (*Teilweiser Beifall*)

Frau **Danuser,** Berichterstatterin: Wie Sie gehört haben, will die Minderheit Artikel 17 Absatz 2 streichen, d. h. Kreditgebende, wenn sie fahrlässig gehandelt haben, nur mit Busse bestrafen – und nicht mit Haft und Busse, wie dies der Fall wäre, wenn sie vorsätzlich gehandelt haben.

Dennoch muss ich Sie im Namen der Kommission bitten, den Minderheitsantrag abzulehnen – dies allerdings nur, weil Sie bei der Nichtigkeit dem Bundesrat und unserer Kommission und nicht dem Ständerat gefolgt sind. Eine Streichung der strafrechtlichen Sanktionen wäre für die Kommission und – wie Herr Bundesrat Koller sagte – auch für den Bundesrat nicht in Frage gekommen, wenn Sie wie der Ständerat bei der Behandlung der Nichtigkeit eine Missachtung des Bundesbeschlusses mit einem Zins von 5 Prozent aus dem Portemonnaie der Kreditnehmenden hätten berappen lassen. Weil dies nach unserem Beschluss bei Artikel 11 Absatz 2 nun nicht der Fall ist, kann die Mehrheit der Kommission auf die Sanktionen verzichten. Die EG-Richtlinie sieht keine Sanktionen vor. Folgen wir dem vielbeschworenen Minimum minimorum, müssen wir von den Artikeln 17 bis 19 absehen. Es gilt Artikel 2 des Zivilgesetzbuches, wonach jeder Rechtsmissbrauch verboten ist. Die strafrechtliche Absicherung zivilrechtlicher Sanktionen erachtet die Kommission nicht als nötig. Hingegen müsste sie auf ihren Beschluss zurückkommen, wenn Sie bezüglich der Nichtigkeit dem Ständerat gefolgt wären. Die Richtlinie sieht nämlich vor, dass Kreditinstitute, welche Konsumkredite gewähren, einer Bewilligungspflicht unterstellt werden. Davon wird im Bundesbeschluss kein Gebrauch gemacht. Das müsste aber andernfalls erwogen werden.

M. Theubet, rapporteur: Considérant que les directives communautaires laissent aux Etats membres le soin de prévoir la mise en oeuvre du droit matériel en matière de sanctions pénales, la majorité de la commission, comme le Conseil des Etats et pour les mêmes raisons, a estimé que l'on pouvait renoncer à ces dispositions pénales par 9 voix contre 6 et une abstention.

Nous vous demandons ici aussi de suivre la majorité de la commission.

Bundesrat Koller: Sie müssen diesen Minderheitsantrag im Zusammenhang mit der zivilrechtlichen Nichtigkeit nach Artikel 11 KKB sehen. Dort stehen Sie einem Entscheid des Ständerates gegenüber, der die zivilrechtliche Nichtigkeit wesentlich gemildert hat, indem er auch im Falle der Nichtigkeit dem Kreditgeber noch einen Anspruch auf einen 5prozentigen Zins gewähren möchte. Das wäre eindeutig falsch, wie ich vorhin gesagt habe. Ich glaube aber nicht, dass Sie vom Ständerat erwarten können, dass er bei Artikel 11 auf seinen Entscheid zurückkommt und gleich auch noch die Strafbestimmungen in Kauf nähme. Deshalb möchte ich Sie bitten, hier der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Erlauben Sie mir zuhanden der Materialien noch eine Präzisierung zu Artikel 11, die ich vorhin unterlassen habe: Absatz 2 besagt, dass der Kreditnehmer im Falle der Nichtigkeit den Kreditbetrag zurückzahlen und grundsätzlich weder Zinsen noch Kosten zu bezahlen hat. Wenn er dagegen in bezug auf diese Regelung in Artikel 11 Absatz 2 in Verzug kommt, dann gilt natürlich das allgemeine Obligationenrecht, dann muss er Verzugszinsen zahlen. Das ist an sich eine Selbstverständlichkeit; aber ich möchte dies hier noch festgehalten haben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 65 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 44 Stimmen

Art. 20, 21

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsident: Artikel 21 wird unter Berücksichtigung der heute genehmigten Formulierung betreffend Publikation und Referendum beschlossen.

Angenommen – Adopté

Gesamt abstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes 94 Stimmen

Dagegen 6 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.057-45

EWR. Anpassung des Bundesrechts

(Eurolex)

Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren.

Aenderung

EEE. Adaptation du droit fédéral

(Eurolex)

Loi fédérale sur la procédure administrative.

Modification

Botschaft II und Beschlussentwurf vom 15. Juni 1992 (BBI V 520)

Message II et projet d'arrêté du 15 juin 1992 (FF V 506)

Beschluss des Ständerates vom 24. August 1992

Décision du Conseil des Etats du 24 août 1992

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten

Minderheit
(Ruf, Scherrer Jürg)
Nichteintreten

Antrag der SD/Lega-Fraktion
Nichteintreten

Antrag der Fraktion der Auto-Partei
Rückweisung des Geschäfts 92.057-45 Eurolex an den Bundesrat
mit dem Auftrag, klare Arbeitspapiere vorzulegen, welche den geltenden Gesetzestext, die Forderung des Acquis communautaire, den Entwurf des Bundesrates und den Entscheid der Kommission in der auf Fahnen üblichen synoptischen Darstellung zeigen.

Proposition de la commission
Majorité
Entrer en matière
Minorité
(Ruf, Scherrer Jürg)
Ne pas entrer en matière

Proposition du groupe DS/Ligue
Ne pas entrer en matière

Proposition du groupe des automobilistes
Renvoyer le projet Eurolex 92.057-45 au Conseil fédéral en l'invitant à soumettre des documents de travail qui présentent avec toute la clarté souhaitable, au moyen des dépliant habituels, le texte de loi actuellement en vigueur, les exigences de l'acquis communautaire, le projet du gouvernement et la décision de la commission.

Präsident: Wir behandeln die Vorlagen 92.057-45, -46 und -47 gemeinsam. Die FDP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie den Aenderungen in allen drei Vorlagen zustimmt und auch den Antrag Stamm Judith zu Artikel 29 Absatz 2bis der Vorlage 92.057-46 unterstützt.

Engler, Berichterstatter: Die drei Bundesgesetze über das Verwaltungsverfahren, die Organisation der Bundesrechtspflege und die Bundesstrafrechtspflege betreffen Verfahrensfragen und regeln diese Verfahrensfragen. Das EWR-Recht enthält keine Vorschriften zum Verfahren, welche den innerstaatlichen Rechtsweg oder den Rechtsschutz als solchen direkt regeln. Sie enthalten aber materiellrechtliche Bestimmungen, die auf das Verfahren Auswirkungen haben und dieses indirekt berühren. Entsprechend dieser indirekten Wirkung ist es wichtig, dass wir nur das unbedingt Notwendige ändern. So sind beispielsweise Fragen zu regeln, welche die Zulassung von Rechtsanwältinnen aus dem EWR vor Bundesgericht festlegen und ihnen ermöglichen, in Straf- und Zivilverfahren vor Bundesgericht aufzutreten.

Die Aenderungen in Artikel 29 des Organisationsgesetzes und in Artikel 35 der Bundesstrafprozessordnung enthalten solche Zulassungsbestimmungen, die eine Diskriminierung ausschliessen wollen.

Die Aenderungen in Artikel 29 und in Artikel 30a des Organisationsgesetzes enthalten das Recht nationaler richterlicher Behörden, beim EFTA-Gerichtshof Gutachten einzuholen, welche sie zur Auslegung des EWR-Rechtes benötigen. Der Ständerat hat in diesem Punkt – entgegen der Botschaft und entgegen dem Entwurf des Bundesrates – an der Verfahrenshoheit der Kantone festgehalten und gesagt, dass die Kantone entscheiden sollten, ob alle Gerichte im Kanton oder nur die letztinstanzlichen berechtigt sind, solche Gutachten zur Auslegung des Rechtes einzuholen.

Wir beantragen Ihnen, bei dieser Verfahrenshoheit der Kantone zu bleiben und hier dem Ständerat zuzustimmen.

Bei Artikel 29 des Organisationsgesetzes ist der Kommission bei der Beratung ein systematischer Fehler unterlaufen. Es liegt dazu ein Antrag von Frau Judith Stamm vor, und ich

möchte Ihnen im persönlichen Namen empfehlen, ihm zuzustimmen. Dieser Antrag entspricht auch dem Beschluss des Ständerates; damit hätten wir keine Differenz mehr zum Ständerat.

M. de Dardel, rapporteur: Le droit fédéral suisse de procédure, au plan fédéral, est presque tout à fait conforme au Traité EEE. Il n'y a que peu de modifications à apporter.

Une première série de modifications est à apporter en ce qui concerne la représentation par les avocats devant les autorités juridictionnelles fédérales. La liberté de circulation des personnes et des services exige en effet que les avocats de l'EEE puissent plaider devant le Tribunal fédéral. Il semble qu'une erreur de rédaction se soit glissée dans la version adoptée par la commission du Conseil national. Il convient donc de s'en référer plutôt à celle du Conseil fédéral et du Conseil des Etats.

Un deuxième élément de modification est l'introduction d'une voie de recours judiciaire, car la pratique de la Cour de justice des Communautés européennes implique qu'il existe un droit à une voie de recours judiciaire pour les personnes et les entreprises de l'EEE qui invoquent la liberté d'établissement, la liberté de circulation des services ainsi que le libre accès à l'emploi. Cette voie de recours judiciaire n'était pas entièrement prévue par notre droit actuel, ce qui implique quelques modifications.

Troisième élément: le Traité EEE oblige les autorités juridictionnelles de dernière instance nationales à transmettre à la Cour de justice des Communautés européennes les décisions d'application du droit européen. Il y a donc là également une modification qui est introduite.

Quatrième élément enfin: l'accord entre les Etats de l'AELE instituant une autorité de surveillance et une Cour de justice prévoit formellement que les tribunaux des Etats de l'AELE peuvent demander à la Cour de justice de l'AELE des avis consultatifs sur l'application du droit européen. La question qui se posait était de savoir si tous les tribunaux suisses, cantonaux, fédéraux, y compris les toutes premières instances au niveau cantonal, pourraient solliciter de tels avis. Le Conseil des Etats a pensé que cette solution allait trop loin – c'était la solution préconisée initialement par le Conseil fédéral – et a préféré laisser aux cantons le soin de décider si seules les autorités de dernière instance peuvent solliciter de tels avis. Il s'agit d'une solution qui respecte le fédéralisme et le principe de la souveraineté des cantons en matière de procédure juridictionnelle. Notre commission s'est ralliée sur cette question également à la version du Conseil des Etats.

Par 18 voix contre 3, votre commission vous recommande donc d'adopter ces modifications légales dans la version du Conseil des Etats. Nous nous exprimons brièvement encore, le cas échéant, sur la retouche qu'il y a lieu d'apporter à notre version de l'article 29bis de la loi d'organisation judiciaire.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit
(Eintreten) offensichtliche Mehrheit

Für den Antrag der Minderheit/SD/Lega-Fraktion
(Nichteintreten) Minderheit

Präsident: Nun folgt die Abstimmung über den Rückweisungsantrag.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Fraktion der Auto-Partei Minderheit
Dagegen offensichtliche Mehrheit

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsident: Ziffer II wird unter Berücksichtigung der heute genehmigten Formulierung betreffend Publikation und Referendum beschlossen.

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes
Dagegen

69 Stimmen
7 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.057-46

EWR. Anpassung des Bundesrechts (Eurolex)

Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege. Aenderung

EEE. Adaptation du droit fédéral (Eurolex)

Loi fédérale d'organisation judiciaire. Modification

Botschaft II und Beschlussentwurf vom 15. Juni 1992 (BBl V 520)
Message II et projet d'arrêté du 15 juin 1992 (FF V 506)

Beschluss des Ständerates vom 24. August 1992
Décision du Conseil des Etats du 24 août 1992

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten

Minderheit

(Ruf, Scherrer Jürg)

Nichteintreten

Antrag der SD/Lega-Fraktion

Nichteintreten

Antrag der Fraktion der Auto-Partei

Rückweisung des Geschäfts 92.057-46 Eurolex an den Bundesrat

mit dem Auftrag, klare Arbeitspapiere vorzulegen, welche den geltenden Gesetzestext, die Forderung des Acquis communautaire, den Entwurf des Bundesrates und den Entscheid der Kommission in der auf Fahnen üblichen synoptischen Darstellung zeigen.

Proposition de la commission

Majorité

Entrer en matière

Minorité

(Ruf, Scherrer Jürg)

Ne pas entrer en matière

Proposition du groupe DS/Ligue

Ne pas entrer en matière

Proposition du groupe des automobilistes

Renvoyer le projet Eurolex 92.057-46 au Conseil fédéral en l'invitant à soumettre des documents de travail qui présentent avec toute la clarté souhaitable, au moyen des dépliants habituels, le texte de loi actuellement en vigueur, les exigences de l'acquis communautaire, le projet du gouvernement et la décision de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit

(Eintreten)

offensichtliche Mehrheit

Für den Antrag der Minderheit/SD/Lega-Fraktion

(Nichteintreten)

Minderheit

Präsident: Nun folgt die Abstimmung über den Rückweisionsantrag.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Fraktion der Auto-Partei

Minderheit

Dagegen

offensichtliche Mehrheit

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 29

Antrag der Kommission

Abs. 2 erster Satz, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2bis

Rechtsanwälte mit einem ausländischen Patent, das von einem EWR-Mitgliedstaat erteilt wurde, werden zugelassen,

Antrag Stamm Judith

Abs. 2bis

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Schriftliche Begründung

Die nationalrätliche Kommission hat bei dieser Bestimmung einen systematischen Fehler gemacht.

Das geltende Recht (Art. 29 OG) lässt einen ausländischen Rechtsanwalt aus einem Nicht-EWR-Land – zum Beispiel aus den USA – vor Gericht zu, wenn er über eine kantonale Bewilligung zur Berufsausübung verfügt.

Die Fassung der nationalrätlichen Kommission ändert diese Regelung ungewollt. Sie zwingt einen Rechtsanwalt aus einem Nicht-EWR-Land dazu, um eine Ausnahmegewilligung für die Zulassung vor Bundesgericht zu ersuchen (Art. 29 Abs. 3 OG), obwohl er dies nach geltendem Recht nicht zu tun braucht.

Die vom Ständerat angenommene Fassung ist somit derjenigen der nationalrätlichen Kommission vorzuziehen.

Art. 29

Proposition de la commission

Al. 2 première phrase, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2bis

Les avocats munis de brevets étrangers délivrés par un Etat de l'EEE, sont admis

Proposition Stamm Judith

Al. 2bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 2 erster Satz, 3 – Al. 2 première phrase, 3

Angenommen – Adopté

Abs. 2bis – Al. 2bis

Angenommen gemäss Antrag Stamm Judith

Adopté selon la proposition Stamm Judith

Art. 30a; 37 Abs. 4; 100 Bst. b; 101a; 129a; Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**EWR. Anpassung des Bundesrechts (Eurolex) Bundesgesetz über das
Verwaltungsverfahren. Aenderung**

**EEE. Adaptation du droit fédéral (Eurolex) Loi fédérale sur la procédure administrative.
Modification**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.057-45
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.10.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1924-1926
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 620

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.